

Ein Gespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments
über die Reformpläne für die Europäische Gemeinschaft

Wenn die Gemeinschaft in die Brüche geht . . .

Pierre Pflimlin, 78, wurde im Juli 1984 zum Präsidenten des Europäischen Parlamentes gewählt. Im selben Jahr kürte ihn die führende Elsässer Zeitung „Dernières Nouvelles d'Alsace“ zum „Mann des Jahres“. Wer ihn auf sein Alter anspricht, bekommt die Antwort: „Dynamik ist nicht nur eine Sache der Geburtsurkunde.“ Die Präsidentschaft des Parlamentes mit seinen 434 Volksvertretern aus zehn Nationen hat er für diese „europäische Einheit“ angenommen, „die“, wie er sagt, „der letzte Kampf seines Lebens“ ist. Der Jurist und Nationalökonom hat in Paris und Straßburg studiert. Von 1945 bis 1967 war er Mitglied der französischen Nationalversammlung. Er war Ministerpräsident, saß in den verschiedensten Ministersesseln französischer Regierungen und war 24 Jahre lang Bürgermeister der Stadt Straßburg.

In einem Gespräch im sechsten Stock des europäischen Abgeordnetenhauses in Straßburg bewertet der parkettgeübte Politiker den momentanen Stand der Reformdiskussion innerhalb der EG nicht gerade positiv. Die Regierungskonferenz, der die zehn Außenminister der Gemeinschaft angehören, hat bereits zweimal getagt. Die letzte Sitzung in Luxemburg befaßte sich mit der Vollendung des Binnenmarktes in der EG bis 1992 und mit der Kompetenzerweiterung für das Europäische Parlament. Pflimlin nahm an dieser Sitzung teil. Schwierigkeiten gab es schon zu Beginn der Konferenz über die Frage, in welcher Weise das Parlament beteiligt werden soll. Pflimlin und seine Volksvertreter gehen davon aus, daß sie die Reformvorschläge vor der Ratsentscheidung noch diskutieren können. Ohne direkte Schelten zu verteilen, gibt Pflimlin aber zu erkennen, daß einige Regierungen von einer Beteiligung des Parlamentes nichts wissen wollen und sich dabei auf Paragraph 236 der Verträge berufen. „Ich habe geantwortet, daß der Paragraph zwar eine Beteiligung des Parlamentes nicht vorsieht, sie aber auch nicht verbietet.“ Letzten Endes handle

es sich nicht nur um eine juristische, sondern um eine politische Frage.

Der italienische Außenminister Andreotti habe zwar interveniert und seinen Kollegen zu bedenken gegeben, daß ein politischer Konflikt mit dem Parlament sehr schlecht wäre, da er das Ratifizierungsverfahren geänderter Verträge in den nationalen Parlamenten erschweren würde. Aber: „Es gab keine Einigung.“

Bis zur Stunde liegen erst von Deutschland, Frankreich, Italien, Holland und der EG-Kommission Vorschläge auf dem Konferenztisch, die alle eine gewisse Kompetenzerweiterung für das Europäische Parlament vorsehen. Daß das Parlament mehr Legitimation braucht, begründet Pflimlin so: „Gewisse gesetzgeberische Kompetenzen sind von den nationalen Parlamenten an die Gemeinschaft abgetreten worden. Diese Kompetenzen sind innerhalb der Gemeinschaft nicht etwa dem Parlament zugeteilt worden, sondern ausschließlich dem Ministerrat.“ Auch gegenüber der Regierungskonferenz habe er betont, daß dies schon eine „sonderbare Demokratie“ sei, in der die gesetzgeberische Gewalt allein durch den Ministerrat ausgeübt werde. Das Parlament könne den Rat nicht kontrollieren und habe nur ein Mitspracherecht an der Festsetzung des EG-Haushalts. „Wir wollen mit dem Ministerrat an der Ausarbeitung und Beschließung der Gesetze beteiligt werden“, ist Pflimlins Vorschlag für eine künftige Regelung.

Die niederländische Regierung habe sich darauf beschränkt, dem Parlament mehr Rechte bei der Einsetzung der EG-Kommission und deren Präsidenten einzuräumen. Deutschland und Frankreich wollen in verschiedenen Fällen ein „Konzertierungsverfahren“, das immer dann einberufen werden soll, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Rat und dem Parlament auftreten. (Vergleichbar dem Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat.) Aber auch hier soll der Ministerrat das letzte Wort bekommen. Das sogenannte

Konzertierungsverfahren besteht bereits jetzt zwischen Rat und Parlament in strittigen Haushaltsfragen. Pflimlin: „Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die Konzertierungsverfahren nur selten dazu führen, daß der Rat darauf eingeht.“

Den weitestgehenden Regierungsvorschlag unterbreitete Italien. Er besagt, daß ein Gesetz nur dann angenommen ist, wenn das Europäische Parlament zustimmt. Damit könnten die Parlamentarier jegliche Gesetzgebung blockieren, was in den Augen von Pflimlin auch nicht zufriedenstellend ist, denn: „Wenn ein Gesetz für notwendig befunden wird, ist es auch nicht gut, wenn keines zustande kommt.“ Den interessantesten Vorschlag habe allerdings die EG-Kommission selbst geboten: Das Parlament soll Änderungsvorschläge zu den Gesetzen einbringen, die der Ministerrat nur einstimmig ablehnen kann.

Interessant ist an dieser Stelle, daß sich die sechs Gründungsstaaten der EWG durchwegs positiv zur Reform der Gemeinschaft und Erweiterung der Kompetenzen des Parlamentes geäußert haben. Großbritannien, Dänemark, Irland und Griechenland hingegen haben bisher keinerlei positive Reaktion in diesen wichtigen europäischen Fragen gezeigt – außer der öffentlichen Erklärung des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe, daß man in Zukunft öfter Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat akzeptieren wolle.

Den Vorschlag der Europakommission des Deutschen Bundestages, angeführt von der CDU-Abgeordneten Renate Hellwig, der Rat solle künftig innerhalb einer zeitlichen Frist entscheiden, begrüßte Pierre Pflimlin ausdrücklich. Ideal wäre es darüber hinaus, wenn nach einem beschlußlosen Ablauf dieser Frist, die Entscheidung automatisch an das Parlament übergehen würde. Mit dieser Lösung könnte auch das Einstimmigkeitsprinzip im Zusammenhang mit dem Veto im Rat gebrochen werden, das durch die Politik de Gaulles seit 1966 angewendet wird. Allerdings, so Pflimlin, werde das Vetorecht nur selten be-

nutzt. Ingesamt sei es vielleicht zwölfmal gebraucht worden. Wenn eine Gesetzesinitiative von der Kommission kommt, versehen mit einem Gutachten des Parlaments, komme es deswegen zu keinem Veto. „da es Hunderte von Vorschlägen gibt, die gar nicht bis zum Ministerrat gelangen – man läßt sie einfach liegen“, engagiert sich der Präsident erregt und betont nochmals: „man läßt sie einfach liegen!“ Eine Frist könnte allerdings die Chance vergrößern, daß der Rat beschließt.

Wenn man den Binnenmarkt der EG in den nächsten sieben Jahren, also bis 1992, vollenden wollte, müßten 300 Verordnungen durchgesetzt werden. Pflimlin beruft sich auf den Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, der sagte: „Wenn diese Beschlüsse in den nächsten sieben Jahren alle einstimmig gefaßt werden müssen, kommen wir nie dazu.“ Delors habe vorgeschlagen, das selbst in den Fällen, wo der Vertragstext

Einstimmigkeit vorsehe, eine Mehrheitsentscheidung treten müsse.

Was aber passiert, so die Frage an den Parlamentspräsidenten, wenn es auf dem EG-Gipfel in Luxemburg zu keiner Entscheidung kommt; wenn es keine, nicht einmal eine minimale Reform der EG gibt? Kommt dann der offene Konflikt mit dem Ministerrat?

„Ich bin nicht für eine Krise. Wenn die Regierungskonferenz zu keinem Ergebnis kommt, wird es zu keiner Krise zwischen Parlament und Rat kommen – wir müssen zusammenleben. Was ich vielmehr befürchte ist, daß es zu einer Vertrauenskrise der Bevölkerungen gegenüber der Gemeinschaft schlechthin kommt.“ Schon die letzten Europawahlen 1984 hätten gezeigt, daß die Wahlbeteiligung geringer war als 1979. Und für den extremen Fall, daß alles schief gehe, „brauchen wir 1989 gar keine Europawahlen mehr“. Nun kam die Schelte an die nationalen Regierungen: „Manche

Minister wollen nicht einsehen, daß Europa heute kein technisches, sondern ein politisches Problem ist.“ Europa sei aus politischen Gründen geschaffen worden, um ein für alle Mal einen Krieg zwischen den Völkern zu verhindern. „Aber“, und mit diesem drohenden Satz beschließt Pierre Pflimlin das Gespräch, „wenn die Gemeinschaft in die Brüche geht, dann fallen wir alle in die Vorkriegszeit zurück.“

Michael Möhnle

Unser Mitarbeiter Michael G. Möhnle im Gespräch mit dem Präsidenten des europäischen Parlaments, Pierre Pflimlin.

Bild: Archiv

